

Wien, 17. September 2019

FRAGEBOGEN AN DIE POLITISCHEN PARTEIEN ZUR PSYCHOTHERAPIE

1. Welchen Stellenwert hat für Sie die Psychotherapie innerhalb der Gesundheitsversorgung in Österreich?

ÖVP-Gesundheitssprecherin Gabriela Schwarz

Krankheitswertige psychische Störungen sind grundsätzlich innerhalb der Sozialversicherung und im Spitalswesen wie jede andere Erkrankung zu behandeln. Das gilt für Prävention, Diagnose und Therapie.

Die Bedeutung der psychischen Versorgung kann kaum überschätzt werden und ist gleichzeitig eine der größten Schwachstellen im österreichischen Gesundheitssystem. Zeitgerechte Interventionen insbesondere durch Psychotherapeut/innen wirkt präventiv, vermeidet Langzeitfolgen und erspart hohe Folgekosten.

Wir streben eine flächendeckende qualitativ hochstehende und quantitativ ausreichende psychische Versorgung in allen Versorgungsebenen und in guter Zusammenarbeit zwischen allen beteiligten Gesundheitsberufen an. Dazu muss dringend der Nachwuchs im psychiatrischen insb. kassenärztlichen Bereich gesichert werden und das über 25 Jahre alte Psychotherapiegesetz überarbeitet werden. Eckpunkte für diese Überarbeitung unter Einbeziehung der Betroffenen sind u.a. Ausbildung auch im klinischen Bereich und eine Berufsqualifikation vergleichbar zumindest im deutschsprachigen Raum.

SPÖ-Gesundheitssprecher Philipp Kucher

Wir müssen das gesellschaftliche Bewusstsein für psychische Erkrankungen erhöhen, damit Vorurteile und damit verbundene Diskriminierungen abgebaut werden. Gerade in der Gesundheitspolitik muss die psychische Gesundheit immer berücksichtigt werden. Psychotherapie ist im Gesundheitsbereich ein eigenständiges Heilverfahren für die Behandlung von psychischen, psychosozialen oder auch psychosomatisch bedingten Verhaltensstörungen und Leidenszuständen. Sie besteht gleichberechtigt neben anderen Heilverfahren, wie z. B. medizinische oder klinisch-psychologische Behandlung und hat damit, gerade bei steigenden psychischen Belastungen wie derzeit zB in der Arbeitswelt, einen sehr hohen Stellenwert in der Gesundheitsversorgung.

FPÖ-Gesundheitssprecherin Dr.in Brigitte Povysil

Die Psychotherapie hat aktuell, d.h. vor allem im Rahmen der finanziellen Abgeltung durch die Sozialversicherung nicht den Stellenwert, den sie eigentlich auf der Grundlage des Bedarfs durch die Patienten im Rahmen der Gesundheitsversorgung haben sollte.

Welchen Stellenwert hat für Sie die Psychotherapie innerhalb der Gesundheitsversorgung in Österreich?

NEOS-Gesundheitssprecher Mag. Gerald Loacker

Derzeit ist der Stellenwert eindeutig zu gering, das zeigt sich beispielsweise daran, dass manche Krankenkassen nicht einmal entsprechende Verträge mit Psychotherapeut_innen haben.

Liste Jetzt-Gesundheitssprecherin Daniela Holzinger-Vogtenhuber, BA

An Psychotherapie denkt man nicht sofort, wenn von Gesundheitsversorgung in Österreich die Rede ist. Dabei sollte sie auch bei vielen körperlichen Erkrankungen mitgedacht sein. Nicht nur, weil eine kranke Seele sich auch körperlich zeigen kann. Bei schwereren Erkrankungen leidet auch unsere Seele, und es ist wichtig, dass wir im Rahmen der Gesundheitsversorgung daran denken.

Also ist es notwendig, dass jede und jeder in Österreich bei Bedarf, schnell und ohne Aufzahlungen und unabhängig vom Wohnort, einen Zugang zu Psychotherapie auf Krankenschein bekommen kann.

Das kostet. Ja natürlich kostet das, doch sollten wir dabei bedenken, was es uns alle kostet, wenn psychische Leiden nicht oder zu spät behandelt werden. Die Folgekosten sind in der Regel um vieles höher als die einer rechtzeitigen Behandlung. Mal ganz abgesehen vom grundlegenden humanistischen Aspekt eines leichten Zugangs zur Psychotherapie.

Für mich ist daher Psychotherapie von der Bedeutung her absolut gleichrangig zu allen anderen Leistungen des Gesundheitssystems. Sie gehört immer mitgedacht.

Die Grünen

Für die Grünen hat die Psychotherapie als wissenschaftlich fundierte Behandlungsmethode einen sehr hohen Stellenwert im österreichischen Gesundheitswesen. Seit vielen Jahren setzen wir uns für die Gleichstellung und Akzeptanz psychisch erkrankter Menschen ein. Eine psychische Erkrankung ist kein Grund, sich schämen zu müssen. Die zunehmende Anerkennung psychisch erkrankter Personen ist auch auf die Etablierung der Psychotherapie in Österreich zurückzuführen. Die psychotherapeutische Behandlung ist als state-of-the-art-Methode bei psychischen Erkrankungen aus dem Gesundheitswesen nicht mehr wegzudenken.

2. Sind Sie bereit, sicherzustellen, dass Menschen, die Psychotherapie benötigen, kurzfristig einen **Kassenplatz** bekommen?

ÖVP-Gesundheitssprecherin Gabriela Schwarz

Psychotherapie muss - eine krankheitswertige Diagnose vorausgesetzt - für alle, die Psychotherapie brauchen, zur Verfügung stehen und leistbar sein. Selbst für Personen mit durchschnittlichem Einkommen ist eine intensive Therapie kaum aus eigenem leistbar. Das führt zu verspäteter Inanspruchnahme und vorzeitigen Beendigungen und damit zu prolongiertem menschlichen Leid. In der Regel ist eine rasche und frühe Intervention wirksamer (und auch weniger kostenintensiv) als eine späte, wenn sich eine Störung bereits verfestigt hat. Wir brauchen daher unbedingt ausreichend kassenfinanzierte Therapieplätze. Das ist für mich nicht verhandelbar.

SPÖ-Gesundheitssprecher Philipp Kucher

Ja. Es braucht eine umfassende und bedarfsgerechte Versorgung für Menschen mit psychischen Erkrankungen und einen inklusiven Zugang. Mit dem Konzept zum Ausbau der Psychotherapie auf Krankenschein haben wir bereits noch in Regierungsverantwortung Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung gesetzt, die wir auch weiter vorantreiben wollen. Bereits 2017 hat die damalige Gesundheitsministerin Pamela Rendi-Wagner den Hauptverband der Sozialversicherungsträger beauftragt, bis 2019 um ein Viertel mehr Plätze für Psychotherapie auf Krankenschein bereitzustellen, sodass eine Erhöhung der Therapieplätze von rund 65.000 Plätzen pro Jahr auf mehr als 78.000 im Jahr 2019 erfolgt.

Leider hat es die schwarz-blaue Regierung danach verabsäumt, an diesem Problem weiterzuarbeiten.

FPÖ-Gesundheitssprecherin Dr.in Brigitte Povysil

Im Rahmen der Reform und Neuorganisation des Sozialversicherungssystems in Österreich sollen die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) gemeinsam mit den anderen Sozialversicherungsträgern eine entsprechende Erhöhung der Kassenvertragsstellen sicherstellen.

NEOS-Gesundheitssprecher Mag. Gerald Loacker

Ja, Betroffene müssen in angemessener Zeit einen Kassenplatz bekommen. Psychotherapeutische Behandlung ist ein wichtiger Teil der Gesundheitsversorgung und der Zugang muss entsprechend gesichert sein.

Liste Jetzt-Gesundheitssprecherin Daniela Holzinger-Vogtenhuber, BA

Ja, ich bin dazu bereit. Und ich habe auch schon mit den Vorarbeiten einer politischen Initiative in dieser Richtung begonnen. In einer großen parlamentarischen Anfrage zum Stand der Versorgung psychisch erkrankter Menschen (https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/J/J_03661/fname_755744.pdf) habe ich den Ist-Stand erfragt. Die Antworten machen deutlich, dass es kein bundesweit einheitliches System gibt, um die Zahl und die Art psychischer Erkrankungen zu erfassen. Ebenso unterscheiden sich die Abrechnungsmodalitäten und generell der Zugang zu psychischen Erkrankungen.

Die Grünen

Im Bereich der Versorgung psychisch erkrankter Menschen mit psychotherapeutischer Unterstützung klafft eine erhebliche Versorgungslücke, die es zu schließen gilt. Es ist sicherzustellen, dass alle Menschen im Falle einer Erkrankung die Unterstützung und Versorgung erhalten, die sie benötigen. Daher: Ja. Es ist unbedingt notwendig, eine ausreichende Zahl von Kassenplätzen ohne Zuzahlung zu sichern.

3. Inwieweit unterstützt Ihre Fraktion folgende Hauptanliegen des ÖBVP:

- a) **Gesamtvertrag** für Psychotherapie mit den Sozialversicherungen,
- b) **Fairen Kassentarif**, der für die KollegInnen in den Praxen kostendeckend ist,
- c) **Akademisierung** der Psychotherapie-Ausbildung innerhalb eines neuen Psychotherapiegesetzes,
- d) Etablierung des Berufsverbandes als **Körperschaft öffentlichen Rechts (KÖR)?**

ÖVP-Gesundheitssprecherin Gabriela Schwarz

- a) JA, dringend, auf Basis des überarbeiteten Psychotherapiegesetzes.
- b) Wir erwarten hohe Qualität der Leistungen der Psychotherapeuten. Die Versorgung der Krankenversicherten ist flächendeckend sicherzustellen. Dazu ist eine entsprechende Honorierung erforderlich. Eine der wichtigsten Aufgaben der neuen ÖGK, hier zu Lösungen zu kommen.
- c) Grundsätzlich ja, sobald wie möglich, wobei die akademische Ausbildung einen Teil darstellt, die auch als post-graduate mögliche klinische und therapeutische Praxis einen anderen Teil. Wir haben uns in der vergangenen Legislaturperiode bemüht, das neue Psychotherapiegesetz ins Parlament zu bringen und es bleibt unser fixes Vorhaben für die kommende Gesetzgebungsperiode.
- d) Ich sehe quer über Parteigrenzen keine reale Bereitschaft zur Gründung neuer gesetzlicher beruflicher Interessenvertretungen. Das bedeutet aber umgekehrt, dass die wie der ÖBPV relevanten freiwilligen Interessenvertretungen eine deutlich stärkere Mitsprache z.B. Psy-Beirat bekommen müssen.

SPÖ-Gesundheitssprecher Philipp Kucher

- Zu a,b und c: Dringend notwendig ist eine Neuregelung der psychotherapeutischen Ausbildung und Berufsausübung in einem neuen Psychotherapiegesetz. Bei der Neuregelung der Ausbildung müssen internationale Standards berücksichtigt werden. Danach erscheint es jedenfalls sinnvoll einen Gesamtvertrag mit eigenen Tarifvereinbarungen abzuschließen.
- Zu d: eine starke Berufsvertretung bzw Interessensvertretung muss nicht notwendigerweise eine Körperschaft öffentlichen Rechts sein.

FPÖ-Gesundheitssprecherin Dr.in Brigitte Povysil

- a) Die sollte durch die neue Sozialversicherungsstruktur, Stichwort Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) gemeinsam mit den anderen SV-Trägern, umgesetzt werden. Wir unterstützen diese Forderung.
- b) Ja, dies sollte umgesetzt werden und wird unterstützt.
- c) Eine Weiterentwicklung der Psychotherapie-Ausbildung und eine dafür zu schaffende gesetzliche Grundlage sollte in der nächsten Legislaturperiode unter Einbeziehung der Berufsvertretung diskutiert werden.
- d) Es sollte dafür gesorgt werden, dass der bereits bestehende Berufsverband bei Entscheidungen, die den Berufsstand betreffen, zukünftig besser eingebunden ist.

Inwieweit unterstützt Ihre Fraktion folgende Hauptanliegen des ÖBVP:

- a) **Gesamtvertrag** für Psychotherapie mit den Sozialversicherungen,
- b) **Fairen Kassentarif**, der für die KollegInnen in den Praxen kostendeckend ist,
- c) **Akademisierung** der Psychotherapie-Ausbildung innerhalb eines neuen Psychotherapiegesetzes,
- d) Etablierung des Berufsverbandes als **Körperschaft öffentlichen Rechts (KÖR)?**

NEOS-Gesundheitssprecher Mag. Gerald Loacker

- a) Ja, wir treten für einen Gesamtvertrag ein.
- b) Selbstverständlich, die Leistungen müssen entsprechend abgegolten werden.
- c) Die Ausbildung, die für die Berufsausübung erforderlich ist, soll auch entsprechend vorgewiesen werden.
- d) Es gibt in Österreich bereits zu viele Kammern. Wir wünschen uns weniger Kammern, nicht mehr.

Liste Jetzt-Gesundheitssprecherin Daniela Holzinger-Vogtenhuber, BA

- a) Im Sinne des oben Gesagten unterstütze ich dieses Anliegen voll und ganz.
- b) Auch diese Forderung findet meine Unterstützung, da nur ein fairer Tarif ein flächendeckendes Angebot für Psychotherapie gewährleistet.
- c) Generell stehe ich den Ansinnen, alle Gesundheitsberufe zu akademisieren, skeptisch gegenüber. Der hochspezialisierte Beruf Psychotherapie sollte aus meiner Sicht allerdings durchgängig akademisch erfolgen.
- d) Ob eine Psychotherapeutenkammer in der Form einer Pflichtmitgliedschaft eine gute Form der Selbstorganisation ist, sollten zuerst mal Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten selbst entscheiden. Wichtig ist mir in einem solchen Fall die Transparenz und eine weitestgehende Demokratie und Durchlässigkeit. Angesichts der Erfahrung mit bestehenden Kammern könnte man hier zumindest Fragezeichen anbringen.

Die Grünen

- a) Der Gesamtvertrag für Psychotherapeut*innen ist gesetzlich vorgesehen und daher umzusetzen. Es wird notwendig sein, bei den Kassen die notwendigen Mittel sicherzustellen. Eine wesentlicher Kostendruck würde bereits wegfallen, wenn die gesetzlichen Bestimmungen zur Unfallversicherung endlich im 21. Jahrhundert ankommen und psychische Erkrankungen anerkennen würden. Da ein erheblicher Teil der psychischen Erkrankungen aus den Bedingungen der Arbeitswelt resultiert, wäre auf diese Weise bereits ein erheblicher Teil des Kostenproblems gelöst. Aber egal, wie es letztlich umgesetzt wird: Der Gesamtvertrag steht im Gesetz. Gesetze sind einzuhalten.
- b) Ein Kassentarif muss selbstverständlich kostendeckend sein, sonst kann er nicht die Versorgung sichern. Das ist eine Fehlentwicklung, die der Professionalisierung des Berufsstandes im Wege steht und einen krassen Missstand darstellt.
- c) Eine Akademisierung ist sinnvoll und anzustreben, schon allein deshalb, weil dadurch Qualitätsstandards gesichert und Forschung betrieben werden kann. Wesentlich ist jedoch auch, dass die Ausbildung zu Psychotherapeut*innen nicht mehr privat finanziert werden muss und somit nur mehr finanzkräftigen Personen offensteht.
- d) Die Etablierung einer Körperschaft öffentlichen Rechts der Psychotherapeut*innen stärkt die Anliegen der Psychotherapie und stellt sie mit jenen mit jenen Gesundheitsberufen gleich, die bereits in einer KÖR organisiert sind durchzusetzen. Die Stärkung der Berufsvertretung sollte den psychisch Kranken und ihren Behandlungsansprüchen zugutekommen.

4. Inwieweit hat Ihre Fraktion in der Vergangenheit diese Anliegen unterstützt?

ÖVP-Gesundheitssprecherin Gabriela Schwarz

Wir haben uns aktiv für die Zuschussregelung eingesetzt, im Gesundheitsausschuss immer wieder auf die Dringlichkeit des Psychotherapiegesetzes hingewiesen und mit der ÖGK eine wichtige Voraussetzung geschaffen, um zu einer nachhaltigen Lösung zu kommen.

SPÖ-Gesundheitssprecher Philipp Kucher

Die SPÖ hat sich immer für die beste Gesundheitsversorgung der Bevölkerung eingesetzt und wird dies auch in Zukunft tun. Damit einhergehend ist es selbstverständlich, dass alle Berufsgruppen, die im Gesundheitswesen tätig sind, die beste Ausbildung erhalten und zeitgemäße Arbeitsbedingungen vorfinden müssen.

FPÖ-Gesundheitssprecherin Dr.in Brigitte Povysil

Mehr und besser dotierte Kassenverträge für Psychotherapie wurden in den letzten Jahren immer wieder, zuletzt bei der Reform der Sozialversicherungen in den Verhandlungen unterstützt. Dies gilt auch für eine Weiterentwicklung der Psychotherapie-Ausbildung und eine bessere Einbindung des Berufsverbandes.

NEOS-Gesundheitssprecher Mag. Gerald Loacker

Wir stellen diesbezüglich regelmäßig parlamentarische Anfragen, machen damit die Problematik sichtbar und weisen auf die hohen Eigenkosten der Versicherten hin, die aufgrund des fehlenden Gesamtvertrags entstehen.

Liste Jetzt-Gesundheitssprecherin Daniela Holzinger-Vogtenhuber, BA

Wir haben in der zurückliegenden Geschäftsperiode des Nationalrats als einzige Fraktion die Situation psychisch Erkrankter zum Thema gemacht, und zwar nicht nur im Parlament (durch die große Anfrage), sondern auch durch Medienarbeit (unter anderem in einem Interview mit der Ärzte-Woche: <https://www.springermedizin.at/psychotherapie/gesundheitspolitik/psychotherapie-holzinger-will-endlich-daten-sehen/16731384>)

Die Grünen

Die Grünen setzen sich seit der Etablierung des Psychotherapiegesetzes für diese Anliegen ein. Die flächendeckende und für alle Betroffenen in gleicher Weise zugängliche psychotherapeutische Versorgung auf Krankenschein durch einen Gesamtvertrag ist für uns nicht nur ein wichtiges gesundheitspolitisches sondern auch sehr relevantes gesellschaftspolitisches Thema.

5. Haben Sie bzw. Ihre Fraktion Wünsche an den ÖBVP?

ÖVP-Gesundheitssprecherin Gabriela Schwarz

Wir wünschen uns weiterhin eine auf Daten und Fakten basierende Zusammenarbeit und regelmäßigen, konstruktiven Dialog und hoffen, dass eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den in diesem Bereich aktiven Berufsgruppen und Institutionen, z.B. den Krankenversicherungsträgern, im Interesse der Klient/innen noch intensiviert werden kann.

SPÖ-Gesundheitssprecher Philipp Kucher

Wir haben die VertreterInnen des ÖBVP immer als sehr engagierte InteressensvertreterInnen wahrgenommen. In naher Zukunft erwarten wir von ihnen, dass sie an der Neugestaltung eines Psychotherapiegesetzes mit vollem Einsatz mitarbeiten und sich bei der Weiterentwicklung der Psychotherapie auf wissenschaftlicher aber auch praktischer Ebene weiterhin einbringen.

FPÖ-Gesundheitssprecherin Dr.in Brigitte Povysil

Eine weiterhin so engagierte Vertretung des Berufsstandes aufrechtzuerhalten.

NEOS-Gesundheitssprecher Mag. Gerald Loacker

Wir wünschen uns, dass der ÖBVP weiterhin seine Verbesserungsvorschläge einbringt, und dass diese auch Gehör finden.

Liste Jetzt-Gesundheitssprecherin Daniela Holzinger-Vogtenhuber, BA

Ich wünsche mir eine offene, direkte Kommunikation und freue mich auf Gespräche in der kommenden Legislaturperiode des Nationalrates.

Die Grünen

Ja, wir streben den Wiedereinzug in den Nationalrat an und wünschen uns enge Zusammenarbeit bei der Entwicklung finanzierbarer Pläne beim Ausbau der Gesundheitsvorsorge und Prävention sowie der Schließung von Versorgungslücken.